



FDP-Ratsgruppe
Dönhoffstr. 99
51373 Leverkusen

Herrn
Oberbürgermeister
Uwe Richrath
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

Leverkusen, den 12.09.2016

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Richrath,

bitte setzen Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der zuständigen Gremien

Antrag

Die Verwaltung der Stadt Leverkusen forciert das e-government in unserer Kommune und zeigt bereits für 2017 auf, in welchen Bereichen dieser Prozess zügig vorangetrieben werden kann und welche personellen Einspareffekte dadurch erreicht werden.

Begründung

Die Haushaltsgenehmigung für das Jahr 2016 zeigt, dass sich 1. die finanziellen Rahmenbedingungen für Leverkusen nicht so positiv entwickelt haben wie 2010 bei Aufstellung des ersten Haushaltssanierungsplanes prognostiziert, und 2. zwischenzeitlich neue Aufgaben und Herausforderungen auf die Kommunen zugekommen sind, die 2010 nicht absehbar waren. Als Stärkungspaktkommune wird Leverkusen noch bis 2018 jährlich mehr als 11 Mio. € an Landesmitteln bekommen, 2019 und 2020 werden es nur noch 7,3 bzw. 3,7 Mio. € sein. Um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, müssen neue Maßnahmen ergriffen werden, um das Stärkungspaktziel zu erreichen und nicht weiterhin auf Kredit der nachwachsenden Generation zu leben.

Gerade die Personalkosten schlagen in Leverkusen massiv zu Buche und sind in den vergangenen Jahren von hoher Dynamik getragen. Da aufgrund von gesetzlichen Vorgaben viele Stellen in KiTas, bei der Feuerwehr und in anderen operativen Einheiten geschaffen worden sind, muss endlich ernsthaft daran gearbeitet werden, die Verwaltungsstruktur, sprich die klassische Bürokratie, zu entschlacken. Hier ist dringender Handlungsbedarf, um nachhaltige Einsparungen zu erreichen.

Schon das online-Anmeldeverfahren für die KiTas zeigt, dass Arbeitsoptimierungen nicht zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger gehen müssen, hier sogar eine Verbesserung der Serviceleistung mit einer Verwaltungsvereinfachung einhergeht. Dies ist auch in anderen Bereichen der Stadtverwaltung möglich (Bußgelder/Straßenverkehr/Bauverwaltung) und soll deshalb zügig umgesetzt werden.

Dr. Monika Ballin-Meyer-Ahrens
FDP-Ratsgruppe